



Lübecker Volksbote

Tagesszeitung für das arbeitende Volk.

Nummer 68.

Mittwoch, 21. März 1923.

30. Jahrgang.

Reinigung in England.

Dr. L. Lübeck, 21. März.

Die englische Politik steht auch heute noch völlig im Zeichen des Kriegsgeistes. Bonar Law beginnt jede seiner Erklärungen — ebenso wie einst Lloyd George — mit unentwegten Freundschaftschwüren für den Waffenbruder Frankreich.

Aber das ist doch nur die offizielle Politik. Im Lande selbst hat sich seit längerer Zeit eine innere Umstellung vollzogen. Die öffentliche Meinung ist längst schwankend geworden. Der praktische Sinn des englischen Kaufmannes beschäftigt sich wieder so ausschließlich mit dem Profit, daß alle Störungen der internationalen Beziehungen ihn unwillig aufhorchen lassen.

Nicht umsonst findet Lloyd George jetzt auf einmal so sehr scharfe Worte gegen Frankreich. Der alte Agitationskünstler fühlt den neuen Wind, der über die Segel der politischen Talente streicht. Und er möchte ihn benutzen, um dahin zurückzuführen, wohin ihn sein ungezügelter Ehrgeiz seit je getrieben hat: zur Macht.

Auch die Arbeiterpartei hat den Stimmungsumschwung klug genutzt, um bei den drei Nachwahlen der letzten Wochen den Sieg an ihre Fahnen zu heften.

Die Regierung selbst weiß davon allerdings noch nichts. Getreu dem alten Grundsatz der englischen Politik: „Wait and see“ wartet sie die weitere Entwicklung ab und bindet sich durch keinerlei Entschlüsse.

Wie so oft in der englischen Politik ist es die Opposition, die im Kampf gegen die Regierungspartei den Umschwung in der englischen Auffassung einleitet. Zwei Männer sind es vor allen anderen, die an der Reinigung der politischen Luft Englands von der Kriegsatmosphäre arbeiten: Der Arbeiterführer Morel und der unabhängige Liberale Sir John Simon.

Die Arbeiterpartei hat ursprünglich den Kampf eingeleitet. Morel und sein Fraktionskollege Macdonald appellierten an das Weltgewissen und an die alten liberalen Ideen der englischen Tradition. Als Ausweg aus dem Wirrwal des Reparationsnotens bezeichneten sie die Vermittlung des Völkerbundes.

Mehr als die Aufspaltung eines Ideals war das nicht. Der machtlose Völkerbund ist doch nur ein Traum der Zukunft. Morels Antrag blieb ohne Widerhall.

Da stellte sich der Liberale Simon neben Morel und beantragte, der Regierung Bonar Law im Auswärtigen Budget einige Pfund als Zeichen der Unzufriedenheit mit ihrer unentschiedenen Politik zu streichen. Und stellte gleichzeitig einige sehr unangenehme Fragen an das Kabinett. Dieser Antrag vereinigte auf sich ungeahnt viele Stimmen, nur 42 weniger als die Vertrauensklärung. Das war ein Warnsignal für Bonar Law und seinen Anhang.

Die Tage des Krieges sind vorbei! Die Zeit der Wirtschaft ist in ihr Recht getreten! Soll Frankreich die Weltwirtschaft dauernd in Unruhe versetzen dürfen? Diese Fragen tauchen allüberall in England auf. Wie Gesteine stehen sie am Wege der englischen Meinung.

Hier und dort sprechen englische Kaufleute von einem Geschäftsbott des ewigen Störenfrieds Frankreich. Und überall wird Stimmung gemacht gegen die wirtschaftliche Vernichtung Deutschlands, da hierdurch der Weltmarkt und damit der englische Handel schwer geschädigt würden.

Alles das hat nicht etwa Hilfe für Deutschland zum Ziel, sondern man will endlich Ruhe haben, Ruhe für das business as usual.

Selbstverständlich will kein einziger Engländer diese Ruhe dadurch erkaufen, daß er einen Bruch mit Frankreich herbeiführt, das wäre ja erneute Unruhe. Sondern die Ruhe der Verständigung, mit möglichst geringen Mitteln ein Einlenken Frankreichs herbeizuführen.

Das ist keine einfache Sache. Und wohlweislich schlägt die Unterhausopposition auch keine bestimmten Wege vor.

Nur eines verlangt man: England muß aus seiner abwartenden Haltung heraus! Wird Bonar Law dazu bereit sein? Wenn nicht, dann sind seine Stunden gezählt. Was aber soll an die Stelle treten?

Die Arbeiterpartei ist zur Regierungspartei nicht stark genug, selbst mit den unabhängigen Liberalen zusammen würde sie nie eine Mehrheit aufbringen.

Und die liberale Partei? Sie ist geschwächt und gespalten. Der nationalliberale Lloyd George hat eine liberale Einigung „gegen die Arbeiterschaft“ vorgeschlagen. Sir John Simon hat das für die Linkliberalen abgelehnt; eine Parole gegen die Arbeiterpartei sei unannehmbar.

Damit ist des unverwundlichen Lloyd Georges schöner Plan, zwischen den geeinigten Liberalen und den gemäßigten Konservativen die alte Kriegsfront wieder vorzubereiten, auch gescheitert. Außerdem ist Lloyd George in Paris so verhaftet, so sehr zum Schreck der Kinder und der politischen Salons geworden, daß vorläufig an seine Rückkehr nicht zu denken ist.

So ist nicht abzusehen, wie die neue, aktive englische Politik in London selbst sich auswirken wird. Wahrscheinlich wird Bonar Law schon deshalb bleiben, weil man nichts an seine Stelle zu setzen weiß. Vielleicht wird er der öffentlichen Meinung einige Zugeständnisse machen, um die

ganze endgültige Entscheidung hinauszuschieben. Interventionen, wie manche überschwängliche Phantasten in Deutschland vielleicht annehmen, wird er aber sicher nicht. Also: Wait and see.

Deutscher Protest gegen die Geiselnverhaftungen.

Antrag auf internationale Untersuchung.

Berlin, 21. März.

Der deutsche Geschäftsträger in Paris ist angewiesen worden, der französischen Regierung nachstehende Note zu überreichen:

Der deutschen Regierung geht die Meldung zu, das die militärischen Befehlshaber in Essen am 19. März morgens 10 Uhr angesehene Bürger der Stadt, nämlich den Reichstagsabgeordneten Dr. Quast, den Landesgerichtspräsidenten Dr. Volkmer, Reichsbankdirektor Beckolt sowie je einen Direktor der Essener Grosshandlung als Geiseln haben festnehmen lassen. Der Anlaß zu der Maßnahme konnte von den örtlichen deutschen Behörden bisher nicht mit Bestimmtheit ermittelt werden, ist aber anscheinend darin zu erblicken, daß in der Nacht zum 18. März ein französischer Koch in einem von französischen Truppen besetzten Hotel am Hauptbahnhof in Essen erschossen wurde. An Stelle des Rechtsweges wählten die französischen Befehlshaber auch in diesem Falle wieder die Anwendung eines braconischen Kriegsgebrauches. Sie wollen für den Vorfall, über dessen Tatbestand noch völliges Dunkel herrscht, ohne weiteres die Bevölkerung verantwortlich machen, obwohl diese den Besatzungstruppen gegenüber stets eine musterhafte Selbstbeherrschung übte und ihrer Besonnenheit auch dadurch nicht beraubt wurde, daß im Ruhrgebiet durch das Verschulden der fremden Truppen schon

über 20 Deutsche ungeschützt ihr Leben verloren haben. Der Verdacht, daß von der Bevölkerung eine Bedrohung des Lebens französischer Soldaten zu befürchten wäre muß hiernach als völlig ungerechtfertigt zurückgewiesen werden. Daß die französischen Befehlshaber auch vor der Immunität der Reichstagsabgeordneten nicht halt machen, kennzeichnet die Willkür ihres Vorgehens besonders deutlich. Die deutsche Regierung protestiert gegen die Festnahme der genannten Personen und verlangt ihre sofortige Freilassung. Da die deutsche Regierung nach dem bisherigen Verlauf der Ermittlungen über den von ihr vor kurzem zur Sprache gebrachten ähnlichen Vorfall in Buer befürchten muß, daß die zuständigen deutschen Behörden sich in Essen ebenso wie in Buer an einer erschöpfenden Feststellung des Sachverhalts gehindert sehen werden, stellt sie außerdem den Antrag, sowohl den Vorfall in Buer als auch den Vorfall in Essen

somit einer internationalen Untersuchungskommission zu unterbreiten. Diese Untersuchungskommission würde gemäß dem Haager Abkommen über die Erledigung internationaler Streitfälle von 1907 alle bei diesen beiden Vorfällen in Betracht kommenden Tatsachen aufzuklären haben.

Eine zweite deutsche Protestnote.

II. Berlin, 21. März.

Ebenso wie gegen die Vorfälle in Essen ist auch gegen die gleichen Vorfälle in Necklinghausen von der Reichsregierung in einer Note bei der französischen Regierung scharfster Protest eingelegt worden.

Die Essener Morde.

Sochum, 20. März.

General Jourmier hat durch Maueranschlag die Festnahme der bereits genannten Essener Geiseln bekanntgegeben und hierin ausdrücklich erklärt, daß der Mörder des französischen Soldaten unbekannt ist. Die Geiseln würden in Freiheit gesetzt, sobald der Urheber der Tat von den deutschen Behörden übergeben werden würde. Falls der oder die Schuldigen nicht entdeckt würden, behalte sich der Divisionsgeneral vor, der Stadt Essen eine Geldstrafe aufzuerlegen, deren Höhe noch festgesetzt werden soll. Nach der Erklärung des Divisionskommandanten kann also der erschossene Buchdruckereibesitzer Schulte als Mörder nicht in Frage kommen. Die beiden Kriminalbeamten und der Arzt, die Schulte in das Kohlenjagdgebiet begleiteten hatten, wurden, als sie sich zur Feuerwache zurückbegeben wollten, auf dem Bahnhofplatz von mehreren Mannschaften angehalten, in den Eingang des „Handelslochs“ hineingezerrt, wo die beiden Kriminalbeamten schwer mißhandelt wurden, so daß einer von ihnen dienstunfähig ist. — Kupfer den bereits gemeldeten Geiseln nennt der Maueranschlag des Generals noch Oberregierungsrat Blechner, den Vorsitzenden des Finanzamtes Essen-Land, und den Polizeidirektor Zielowski als verhaftet.

Gegen die Verhaftung des Landesgerichtspräsidenten und des nur zufällig in Essen anwesenden Abg. Quast, der längst nicht mehr Syndikus der Handelskammer ist, sind wohl begründete Vorstellungen erhoben worden.

Die in Essen angestellten Ermittlungen über die Vorgänge in der Nacht zum Sonntag haben einwandfrei ergeben, daß Schulte ohne jeden Anlaß erschossen

worden ist. Schulte hat sich, wie amtlich festgestellt wurde, gegen 2 Uhr nachts mit einigen Freunden auf dem Heimweg befunden, von denen er sich an der Ecke Alteneffener- und Sellingsstraße verabschiedete. Nach Bekundung eines Begleiters hatte Schulte die Absicht, sich durch die Sellingsstraße, Steeler Straße, Ansbachstraße und die Bahnunterführung zu seiner in Sitterfeld gelegenen Wohnung zu begeben, um auf diesem Wege zu vermeiden, mit Franzosen in Berührung zu kommen, weil er keinen Paß bei sich hatte. Von einer Selbstschutzwache von Essener Bürgern wurde beobachtet, daß die Schüsse nach der Verabschiedung von seinen Freunden, die die Sellingsstraße hinaufgingen, fielen. Die gleiche Wache hörte einen weiteren Schuß in der Herkulesstraße fallen. Gegenüber der Behauptung eines französischen Patrouillenführers, in dem niedergeschossenen Schulte sei mit aller Bestimmtheit der Mann wiedererkannt worden, der am Hauptbahnhof den französischen Soldaten niedergeschossen habe, steht die Bekundung der Zeugen, nach der es Schulte ganz unmöglich war, in der kurzen Zeit zwischen der Verabschiedung von seinen Begleitern zum Hauptbahnhof und von da wieder zurück zur Herkulesstraße zu gelangen. Außerdem wird von mehreren Zeugen an Eidesstatt bekundet, daß Schulte weder eine Waffe besaß noch eine solche bei sich getragen hat.

Münster, 20. März. (Eig. Draht.)

Der gestern morgen verhaftete Reichstagsabgeordnete Dr. Quast ist gestern abend wieder freigelassen worden. Die übrigen Inhaftierten werden in Haft behalten.

Paris, 20. März. (Eig.)

Nach einer Meldung aus Koblenz hat die Rheinlandkommission beschlossen, wegen des Attentats auf Smeets den Vizepräsidenten von Köln seines Postens zu entheben und eine Untersuchung zu eröffnen.

Schienerpöngung bei Düsseldorf. — Festnahme von Geiseln.

Düsseldorf, 20. März.

Zwischen Düsseldorf und Duisburg ist eine Schienenpöngung erfolgt, die den Betrieb auf drei bis vier Tage stillgelegt hat. Die Belgier haben daraufhin drei Geiseln festgenommen und mit ihrer Freilassung gedroht, wenn derartige Fälle sich wiederholen sollten.

Echter oder falscher Optimismus?

Paris, 21. März.

Der französische Arbeitsminister Le Troquer, der gestern früh aus dem Ruhrgebiet zurückgekehrt ist, erklärte dem Ministerpräsidenten über seine Reise. Pressevertretern gegenüber erklärte er, daß sein Hauptzweck war, an Ort und Stelle den Plan der französisch-belgischen Kohlegewinnung zu studieren. Die Ausführung dieses Plans, so sagte er, habe die Deutschen überrascht und empört und die deutschen Zeitungen hätten sogar behauptet, daß angesichts des Versagens der technischen Kommission, die französischen Industriellen sich selber daran gemacht haben, Kohle aus dem Besitz der deutschen Bergwerke zu holen. Da bei ebenso falscher wie lächerlicher. Die Ingenieurkommission habe die Behandlung dieser Frage übernommen, als die Ruhrindustriellen sich entgegen den Bestimmungen des Verfallener Vertrages weigerten, Kohle für Frankreich und Belgien zu liefern. Es handle sich nun um den Transport der Kohlenbestände aus dem Ruhrgebiet, ferner auch um die Auffüllung der Bestände. Zu dem letzteren Zweck sei man gezwungen, die Gruben und Koksereien von ihren Abzahnmärtzen abzuschneiden. Durch eine mühsame Organisation sei dies gelungen. In der nördlichen Zone des Ruhrgebiets allein seien ungefähr 1 Million Tonnen Kohle und 450 000 Tonnen Koks aufgespeichert. Augenblicklich seien drei Ladepfähle in Tätigkeit, um auf den staatlichen Gruben Westerbald und Blumenthal sowie auf der Grube Concordia die Kohlen abzutransportieren. Um die an den Ufern des Rhein-Herne-Kanals aufgespeicherten Vorräte verschiffen zu können, wird jetzt an der Hebung der von den Deutschen im Kanal verfallenen Schiffe gearbeitet. Die bisherigen Ergebnisse, so fuhr der Minister fort, werden sich nicht nur fortsetzen, sondern noch steigern lassen. Das Ziel des Generals Degoutte und der Ingenieurkommission ist das tägliche Ergebnis von 2000 bis 3000 Tonnen Koks, das man Ende der Woche zu erreichen hofft, um wöchentlich 1000 Tonnen zu vermehren, so daß man bald die normale Menge, die Deutschland nach dem Verfallener Vertrag zu liefern hat, erreicht. Der Minister wiederholte zum Schluß, daß die staatlichen Gruben von den Besatzungsmächten beschlagnahmt seien, daß man dagegen mit den Besitzern der privaten Gruben zu verhandeln veruche.

Rosbach und Ehrhardt.

SPD. Leutnant a. D. Rosbach, der bereits zweimal verhaftet, aber immer wieder freigelassen wurde, ist am Sonnabend erneut festgenommen worden. In Wannsee, seinem Stammquartier, hielt er am Sonnabend abend eine Versammlung ab, die von der Polizei aufgelöst wurde. Er selbst wurde hierbei von Beamten der Abteilung I A des Berliner Polizeipräsidiums in Haft genommen. Die Festnahme stützt sich auf zahlreiche Vergehens Rosbachs gegen die Republikverfassung. Daß er Ministerkorde plante und ebenfalls mit Reichswehroffizieren und Mannschaften dunkle Pläne schmiedete, dürfte bei seiner Veranlagung kein Wunder nehmen.

Leider ist auch jetzt wieder zu befürchten, daß man den schlimmsten aller Verführer wieder laufen läßt. Das gegen Rosbach vorliegende Material ist geradezu erdrückend, erlaubt jedoch aus bestimmten Gründen eine resolute Veröffentlichung nicht. Wir könnten es daher nicht begreifen, wenn dieser Mann, der Gefinnungsgegnissen zu fortgesetzten Morddrohungen an preussische Minister verleitet und zur Ausführung von Mordtaten selbst Märsch schiedete, jetzt zum dritten Male entlassen würde, nur weil der juristische Punkt fehlt. — Am Montag haben die Freunde Rosbachs bereits bei den zuständigen Stellen ihre Wünsche auf Haftentlassung vorgebracht. Uebrigens schwebt gegen den Verhafteten noch ein Verfahren wegen Ermordung zweier Arbeiter während des Rapp-Butsches in Mecklenburg.

Der Prozeß gegen den Kapitänleutnant a. D. Ehrhardt dürfte, wie bereits mitgeteilt, in einigen Wochen beginnen. Bekanntlich steht Ehrhardt nicht nur unter der Anklage des Hochverrats, sondern auch des Meineides, da er unter seinem Eid als „Schweiger“ über sich selbst falsche Angaben gemacht hat. In diese Angelegenheit ist auch die Prinzessin v. Hohenzollern verwickelt, die, wie wir bereits bei der Verhaftung Ehrhardts meldeben, ebenfalls unter ihrem Eide erklart hat, nicht zu wissen, daß der angeklagte „Schweiger“ der geliebte Kapitänleutnant a. D. Ehrhardt ist. Die Untersuchung hat aber ergeben, daß sie nicht nur Ehrhardt, sondern auch einige seiner flüchtigen Freunde beherbergt hat.

Ehrhardt ist übrigens in ein Lazarett überführt worden, da seine Gesundheit durch die Untersuchungshaft gelitten und er sich vor einigen Tagen bei einem Sturz die linke Hand gebrochen hat. Diese plötzliche Krankheit Ehrhardts scheint uns nach den bei verschiedenen politischen Verbrechern gemachten Erfahrungen hinreichend verdächtig. Ist sie etwa der erste Schritt des Hochverrats auf der Flucht in die goldene Freiheit?

Zur Rettung des „verratenen Ehrhardt“ hat die Führerschaft der Deutschpolitischen Freiheitspartei, die Abgg. v. Graefe, Wulle und Henning, sich jetzt an die Rechtsparteien gewandt und ihre Unterstützung für einen Antrag erbeten, in dem der Reichstag die Reichsregierung ersuchen soll, dem „im Kriege um sein Vaterland hochverdienten Korvettenkapitän a. D. Hermann Ehrhardt sofortige Haftentlassung zu erwirken oder aber zumindestens auf einen beschleunigten Abschluß des gegen ihn geführten Untersuchungsverfahrens zu dringen“. Sämtliche Abgeordnete der Rechtsparteien haben es abgelehnt, sich für den Hochverräter einzusetzen, worüber die Leute von der Freiheitspartei natürlich sehr böse sind. Sie schimpfen über die ehemaligen Generale und Admirale, die sich als einseitige Vorgesetzte Ehrhardts unter den Abgeordneten befinden und es nicht für nötig halten, für die Freiheit eines so hochverdienten erst deutschen Mannes wie Ehrhardt eine Lanze zu brechen. Die Schuld an dieser Haltung ist nach der Ansicht der Graefe, Wulle und Henning darin zu suchen, daß auch die sogenannten nationalen Parteien ihre Partei über das Vaterland stellen. Damit ist bewiesen, daß Ehrhardt und in trauer Gemeinschaft mit ihm die Führer der deutschpolitischen Freiheitspartei die einzigen sind, die das Vaterland über alles stellen. „Daß Du die Keese im Gesicht behältst!“ pflegt der Berliner bei solchen Gelegenheiten zu sagen.

Die suspendierte Kapitalertragsteuer.

Mit der von den bürgerlichen Parteien durchgesetzten „Berücksichtigung der Geldentwertung in den Steuergesetzen“, die bekanntlich eine wesentliche Verschlechterung in der Ausübung der Steuergesetze gegenüber dem Bestehenden bringt, ist die Kapitalertragsteuer suspendiert worden. Das Gesetz ist damit nicht widerrufen, sondern lediglich außer Kraft gesetzt. Deshalb sind die Aprilzinsen noch kapitalertragssteuerpflichtig, von dann aber

fällt der 10prozentige Abzug von den Zinsen und Dividenden, die einzige Besteuerungsweise, die das Rentneinkommen an der Quelle erfasst, fort. Lediglich bei Dividenden bleibt der Steuerabzug bestehen. Begründet wird der Fortfall der Kapitalertragsteuer damit, daß infolge der Geldentwertung immer weitere Kreise trotz ihres Bezuges von Zinsneinkommen unter das Existenzminimum gerieten und infolgedessen Erhaltung der Steuern oder Verrechnung auf andere Steuerpflicht verlangen konnten. Dadurch wurde der Apparat zu kompliziert, der Ertrag der Steuern zu gering. Soweit Kleinstrenten davon betroffen werden, wird man ihnen diese Erleichterung sicherlich gern zubilligen. Aber es ist nicht einzusehen, warum auch mit der Beseitigung dieser Steuer wieder weite Kreise von Großbesitzern, die ihr Kapital in Industrieobligationen oder ähnlichen Werten angelegt haben, zu laßenden Erben dieser Steuerbefreiung werden. Das Reich kann zu einer Zeit, wo nur ein geringer Bruchteil seiner Ausgaben durch Steuereinnahmen gedeckt ist, weniger als sonst auf Steuern verzichten.

Bolschewistischer Terror in Georgien.

Von georgischen Genossen wird uns geschrieben:

Die „Ischeta“ der russischen Okkupationsbehörden in Georgien macht im amtlichen Organ der Kommunistischen Partei, „Sarja Wostoka“ (Nr. 28 vom 18. Februar), bekannt, daß sie am 14. Februar in Tiflis 92 Personen, darunter 2 Frauen, erschossen ließ. Gleichzeitig wurden 12 Personen in Durgeli, darunter ein hervorragendes Mitglied der Sozialdemokratischen Partei Georgiens, Genosse Apshes Goguaße, und 19 Personen in Batum, hingerichtet.

123 Menschenleben — manches Gezecht im Kriege hat weniger Opfer gekostet! Keiner von den Hingerichteten wurde vor ein Gericht, und sei es auch nur das der Ischeta selbst, gestellt; keinem von ihnen wurde ein bestimmtes Verbrechen, und sei es auch nur eines im Sinne der bolschewistischen Machthaber, nachgewiesen. In der amtlichen Bekanntmachung der Ischeta über die Hinrichtung der 92 Personen in Tiflis heißt es bloß, ihre Namen seien wegen verschiedener schwerer Verbrechen „registriert“ gewesen, es seien gegen sie „schwere Anklagen erhoben“ worden.

In bezug auf einige wenige der Hingerichteten mögen diese Angaben zutreffen, aber auch in diesen Fällen handelte es sich um frühere Verbrechen, wegen der die Unglücklichen einen Teil der Strafen schon verbüßt hatten (manche von ihnen waren schon anderthalb Jahre in Haft). In einigen Fällen handelte es sich um Personen, die im Verdacht standen, Verbrechen begangen zu haben. Gegen die meisten der Hingerichteten lag aber nicht einmal ein solcher Verdacht vor.

Ist es ein Zufall, daß das Blutbad unmittelbar nach dem hohen Besuch Sinowjews in Georgien stattfand? Oder geschah es sogar auf seinen direkten Befehl? Vieles läßt vermuten, daß der Massenmord eine direkte Folge der Sinowjewischen Inspektionsreise war: Unter den Hingerichteten finden sich Arbeiter, die als alte treue Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei und der freien Gewerkschaften in scharfer Opposition zur kommunistischen Okkupationspartei Georgiens standen, ein Geistlicher, ein Student (Sohn eines bekannten georgischen Dichters), ein Gymnasialdirektor, ein bedeutender Funktionär der Sozialdemokratischen Partei Georgiens, der mehr als 25 Jahre hindurch seine ganze Lebenskraft der Partei opferte, und andere, die mit Banditsimus natürlich nichts zu tun hatten und geopfert wurden, nur weil die bolschewistischen Götter nach Blut dürsteten.

Devisen-Kurse.

Berlin, 21. März.

Amtliche Devisennotierung an der Berliner Börse.

		20. März.	19. März.
Amsterdam	1 fl.	8224,38	8224,38
Brüssel (Antwerpen)	1 Frs.	1167,07	1147,12
Kristiania	1 Kr.	3790,50	3770,55
Kopenhagen	1 Kr.	3994,98	4017,43
Stockholm	1 Kr.	5543,60	5548,59
Helsingfors	1 finn. Mk.	565,06	570,57
Rom	1 Lire	1007,97	1001,49
London	1 £	97755,—	97755,—
Neuyork	1 Dollar	20832,78	20840,26
Paris	1 Frs.	1359,08	1326,67
Zürich	1 Frs.	3839,32	3866,31
Madrid	1 Pesetas	5206,92	5211,95
Wien	100 Kr.	28,88	28,79
Prag	1 Kr.	618,45	618,45
Budapest	1 Kr.	4,88	5,23

Volkswirtschaft.

Die englische Kohlenausfuhr nach Deutschland. Auf Anfrage eines Abgeordneten erteilte der Unterstaatssekretär der Bergbauverwaltung im englischen Unterhause folgende Auskunft über die englische Kohlenausfuhr nach Deutschland: Es gelangten zur Verschiffung nach deutschen Häfen im Januar 1922: 247 313 Tonnen; im Februar: 359 898 Tonnen; im März: 467 718 Tonnen; im April: 256 618 Tonnen; im Mai: 601 478 Tonnen; im Juni: 898 644 Tonnen; im Juli: 1 133 402 Tonnen; im August: 1 165 228 Tonnen; im September: 1 060 801 Tonnen; im Oktober: 918 598 Tonnen; im November: 735 153 Tonnen; im Dezember: 509 769 Tonnen; im Januar 1923: 521 854 Tonnen; im Februar: 1 000 097 Tonnen. — Seitdem hat die englische Kohlenausfuhr weiter zugenommen. Nach dem „Manchester Guardian“ sollen etwa 30 Schiffe mit Kohlen nach deutschen Häfen abgehen; im ganzen werden etwa 50 000 Tonnen Kohlen täglich nach dem Kontinent verladen.

Die Verschlechterung des Beschäftigungsgrades der Industrie geht mit aller Klarheit aus den Erhebungen des Reichsarbeitsblattes hervor, die sich diesmal über 1300 Betriebe mit 12 Millionen Beschäftigten erstreckte. Von den Beschäftigten waren 27 v. H. gegen 32 v. H. im Vormonat in gutbeschäftigten Betrieben tätig. Die Zahl der Arbeiter, die in Betrieben mit befriedigendem Beschäftigungsgrad arbeiteten, war wie im Vormonat 42 v. H.; dagegen ist die Zahl der in schlechtbeschäftigten Betrieben tätigen Arbeiter von 26 v. H. auf 31 v. H. gestiegen. So war der Stand am 15. Februar. Die Aussichten für die nächsten 14 Tage wurden gleichfalls als etwas schlechter angesehen. Die Verschlechterung der Industrie machen sich also bereits sehr stark in einem Nachlassen des Beschäftigungsgrades bemerkbar. Sie sind weniger auf die Beseitigung des Ruhrgebietes als auf die Stabilisierung der Mark zurückzuführen, die naturgemäß erhebliche Störungen am Warenmarkt auslösen mußte. Es wäre aber falsch, wollte man annehmen, daß ohne die Stabilisierung der Mark die Entwicklung anders verlaufen wäre. Im Gegensatz zu früheren Konjunkturperioden hat sich nämlich im zweiten Halbjahr vorigen Jahres bereits klar gezeigt, daß die Verschlechterung des Marktes und die damit verbundene Besserung der Exportaussichten keineswegs mehr dem Arbeitsmarkt eine Stütze bietet, sondern daß bereits damals der Andrang zu den Arbeitsnachweisen ebenso wie die Zahl der Erwerbslosen allmählich zunahm, eine Folge der geschwächten Kaufkraft der Bevölkerung, die jetzt nur verhärtet in Erscheinung tritt.

Die schwebenden Schulden des Reiches sind in der Zeit vom 1. bis 10. März wiederum um rund ¼ Billionen, genau um 757 Milliarden Mark, angewachsen. Die in kurzfristigen Schatzanweisungen des Reiches eingegangene schwebende Schuld erhöhte sich dadurch auf 4,34 Billionen Mark, zu denen noch weitere Schuldtitel treten, sodas der Gesamtbetrag der nichtfundierten Reichsschuld auf 5,4 Billionen Mark zu beziffern ist. Die Steigerung der schwebenden Schuld ist keineswegs nur eine Folge der erhöhten Zahlungsverpflichtungen, die dem Reiche durch den Abwehrkampf an der Ruhr erwachsen sind, sie wird auch in allererster Linie durch den Rückgang der Reichseinnahmen infolge der mangelhaft funktionierenden Steuergesetze bewirkt. So sind in den ersten zehn Tagen des März vom Reich 848 Milliarden Mark ausgegeben worden, denen nur 90,7 Milliarden Mark an Einnahmen aus der allgemeinen Finanzverwaltung und der kaiserlichen Beitrag von 0,8 Milliarden Mark aus der Zwangsanleihe gegenüberstehen, sodas nur wenig mehr als ein Zehntel aller Ausgaben durch Steuereinnahmen gedeckt werden. Der Ausfall muß sich noch vergrößern nach dem Inkrafttreten der neuen Steuergesetze, die die Geldentwertung bei den Besteuerungen übermäßig berücksichtigen, ohne dafür andere Einnahmen zu schaffen.

Der Rückgang der Konfurre. Im Februar hat die Zahl der Konkurse einen bisher nicht erreichten Tiefstand eingenommen. Es wurden nur 17 Konkurse eröffnet gegen 24 im Januar d. J. und 39 im Dezember d. J. Noch im Februar 1922 betrug die Zahl der Konkurse 123, in normalen Vorkriegszeiten etwa 600 bis 700 monatlich. Der gewaltige Rückgang der Konkurse gegenüber der Zeit vor dem Kriege ist teils eine Folge der Salutar-Konjunktur, teils eine Folge der Geldentwertung, welche die langatmigen Konkursverfahren schließlich unrentabel macht und infolgedessen die Geschäftswelt veranlaßt, nach Möglichkeit Vergleiche selbst bei Verlusten des Gläubigers abzuschließen. Nach dem Rückgang des Dollarkurses und der Stabilisierung der Mark dürfte die Zahl der Konkurse rasch wieder zunehmen.

Vermischte Nachrichten.

Siebeneinhalb Millionen Lohngelder geraubt. Der Kasseler Bote Rands von den Verein. Chamottefabriken in Saarau (Schles.) wurde, als er die Lohngelder nach den Kaisergruben bringen wollte, am helllichten Tage von zwei verummten Räubern überfallen, mit Eisenketten gefesselt und der Lohngelder in Höhe von sieben Millionen Mark beraubt. Die Banditen sind entkommen.

Das Amulett.

Novelle von C. J. Meyer.

15. Fortsetzung.

Unterdessen war Boccard mit dem Schweizer nachgezogen. „Seute!“ drohte er, „im Namen des Königs verbiete ich euch, diese Dame nur mit einem Finger zu berühren! Zurück, wenn kein Leben lieb ist! Ich habe Befehl, sie ins Louvre zu bringen!“ Er war neben sich getreten und ich hatte die Ohnmächtige Gasparde in den Lehnsstuhl des Kais gelegt. Da sprang aus dem Gemümel ein königlicher Mensch mit blutigen Händen und blutbesiedeltem Gesicht hervor, in dem ich den verkettenen Signorette erkannte.

„Lug und Trug!“ schrie er, „das, Schweizer? — Verküpte Augenrollen sind's und von der schlimmsten Sorte! Dieser hier — ich kenne dich wohl, vierstündiger Halbke — hat den frommen Grafen Gulde gemordet und jener war dabei. Schlagt tot! Es ist ein verdienstliches Werk, diese schurkischen Kezer zu vertilgen! Aber rührt mir das Mädel nicht an — die ist mein!“ Und der Vermittelte warf sich mühdend auf mich. „Böhmisch!“ rief Boccard, „dein Stündlein ist gekommen! Stof zu, Schöbau!“ Rasch drängte er mit geschickter Parade die zuckelnde Klinge in die Höhe und ich fühlte dem Buben mein Schwert bis ans Heft in die Brust. Er stürzte. Ein rasendes Geheul erhob sich aus der Rote. „Weg von hier!“ wühlte mit der Freund. „Nimm dein Weib auf den Arm und folge mir!“ Jetzt griffen Boccard und der Schweizer mit Hieb und Stoß das Gemüdel an, das uns von der Tür trennte und brachen eine Sasse, durch die ich, Gasparde tragend, schleunig nachschritt. Wir gelangten glücklich die Treppen hinunter und betraten die Strafe. Hier hatten wir vielleicht zehn Schritte getan, da fiel ein Schuß aus einem Fenster. Boccard schwankte, griff mit unsicherer Hand nach dem Medaillon, rief es empot, drückte es an die erblaffenden Lippen und sank nieder. Er war durch die Schläge getroffen. Der erste Schuß überlegte mich, daß ich ihn verlesen hatte, der zweite, nach dem Gemüdel gerichtet, daß ihn der Tod aus meinem Reiterstuhl ge-

troffen, welches Gasparde's Hand entfallen war und das jetzt der Mörder frohlockend emporhielt. Die scheußliche Horde an den Ferkeln, rief ich mich mit blutendem Herzen von dem Freunde los, bei dem kein treuer Soldat niederzukaufe, bog um die nahe Ecke in das Seitengäßchen, wo meine Wohnung gelegen war, erreichte sie unbemerkt und erste durch das ausgestorbene Haus mit Gasparde hinauf in meine Kammer.

Auf dem Fluß des ersten Stodwerks schritt ich durch breite Blutlachen. Der Schneider lag ermordet, sein Weib und seine vier Kinder, am Heft in ein Häuflein zusammengefunken, schliefen der Todeschlummer. Selbst der kleine Pudel, des Saules Diebling, lag verendet bei ihnen. Blutgeruch erfüllte das Haus. Die letzte Treppe ersteigend, sah ich mein Zimmer offen, die halbverschmutterte Tür schlug der Wind auf und zu.

Hier hatten die Mörder, da sie mein Lager leer fanden, nicht lange gewieilt, das ärmliche Aussehen meiner Kammer versprach ihnen keine Beute. Meine wenigen Bücher lagen zerrißen auf dem Boden zerstreut, in eines derselben hatte ich, als mich Boccard überfallen, den Brief meines Ohms geborgen, er war herausgefallen und ich steckte ihn zu mir. Meine kleine Barthaft trug ich noch von der Reise her in einem Gurt auf dem Leibe.

Ich hatte Gasparde auf mein Lager gebettet, wo die Bleiche zu schlummern schien, und stand neben ihr, überlegend, was zu tun sei. Sie war unheimbar wie eine Dienerin gekleidet, wohl in der Abtöt, mit ihrem Pflegerater zu fliehen. Ich trug die Tracht der Schweizergarde.

Ein wilder Schmerz bemächtigte sich meiner über all das freudlos verlassene teure und unschuldige Blut. „Fort aus dieser Hölle!“ sprach ich halblaut vor mich hin.

„Ja, fort aus dieser Hölle!“ wiederholte Gasparde, die Augen öffnend und sich auf dem Lager in die Höhe richtend. „Hier ist unseres Bleibens nicht! Zum ersten nächsten Tor hinaus!“

„Bleibe noch ruhig!“ erwiderte ich. „Unterdessen wird es Abend und die Dämmerung erleichtert uns vielleicht das Entkommen.“

„Nein, nein.“ verlehnte sie bestimmt, „keinen Augenblick länger bleibe ich in diesem Fluß! Was liegt am Leben, wenn wir zusammen sterben! Sacht uns geradenwegs auf das nächste Tor zu gehen. Werben wir überleben und wollen sie mich mitarbeiten, so

erlöst du mich, und erschlägt ihrer zwei oder drei, so sterben wir nicht ungerächt. — Verpflcht mir das!“

Rasch einigem Ueberlegen willigte ich ein, da es auch mir besser schien, um jeden Preis der Not ein Ende zu machen. Konnte doch der Mord morgen von neuem beginnen, waren doch die Tore nachts strenger bewacht als am Tage.

Wir machten uns auf den Weg durch die blutgetränkten Gassen, langsam nebeneinander wandelnd unter einem wolkenlosen, dunkelblauen Augusthimmel.

Unangefochten erreichten wir das Tor. Im Torwege vor dem Hörtischen der Wachtstube stand mit verächtlichen Armen ein lothringischer Kriegsmann mit der Feldbinde der Guisen, der uns mit fieschem Blick musterte.

„Zwei wunderliche Vögel!“ sagte er. „Wo hinaus, Herr Schweizer, mit Eurem Schmeckerhen?“

Das Schwert lockernd schritt ich näher, entschlossen, ihm die Brust zu durchbohren; denn ich war des Lebens und der Lüge müde.

„Bei den Hörnern des Satans! Seid Ihr es Herr Schöbau?“ sagte der lothringische Hauptmann, bei dem letzten Worte seine Stimme dämpfend. „Tretet ein, hier hört uns niemand.“

Ich blühte ihm ins Gesicht und suchte mich zu erinnern. Mein ehemaliger böhmischer Fehdmeister suchte mir auf.

„Ja, freilich bin ich es,“ fuhr er fort, da er meinen Gedanken mir im Auge las, „und bin's, wie mich dünkt, zur gelegenen Stunde.“

Mit diesen Worten zog er mich in die Stube und Gasparde folgte.

In dem dumpfigen Raume lagen auf einer Bank zwei betrunkene Kriegsmächte, Würfel und Becher neben ihnen am Boden.

„Auf, ihr Hunde!“ fuhr sie der Hauptmann an. Der eine erhob sich mühsam. Er packte ihn am Arme und stieß ihn vor die Tür mit den Worten: „Auf die Waage, Schuft! Du bürgst mir mit deinem Leben, daß niemand passiert!“ — Den andern, der nur einen grunzenden Ton von sich gegeben hatte, warf er von der Bank und stieß ihn mit dem Fuße unter dieselbe, wo er rasch fortstürzte.

(Schluß folgt.)

Freistaat Lübeck.

Mittwoch, 21. März.

Die Miete am 1. April.

131 1/2fache Grund- oder 106fache Friedensmiete.

Im Gesetz und Verordnungsblatt veröffentlicht der Senat auf Grund des Reichsmietengesetzes die neuen Zuschläge zur Friedensmiete. Diese werden erhöht für Zinserhöhungen von 25 auf 100 Prozent; für Verwaltungs- und andere Ankosten von 125 auf 550 Prozent; für laufende Instandsetzungsarbeiten von 1800 auf 10 000 Prozent; für große Instandsetzungsarbeiten von 400 auf 2500 Prozent. In begrifflichen Zahlen ausgedrückt heißt dies: Die Miete wird für die Hausbesitzer von 18fachen auf das 106fache der Friedensmiete erhöht.

Nehmen wir eine Friedensmiete von 300 Mk. jährlich an, die bisher 5400 Mk. betrug, so wird man vom 1. April ab 39 450 Mk. Miete bezahlen müssen. In der letzten Verammlung des Neuen Grundeigentümerversammlungs wurde gesagt, daß man sich auf den 136fachen Betrag geeinigt habe. Den Wünschen der Hauseigentümer ist man also ziemlich nahe gekommen.

Damit sind die Ausgaben natürlich noch nicht alle erfüllt. Hinzu kommt die Wohnungsbauabgabe, die bisher 400 vom Tausend betrug und die in Kürze ebenfalls auf Reichsbeschlus bedeutend erhöht wird. Ferner die öffentlichen Abgaben für Grundsteuer, Wasser, Brandasse, Schornsteinfeger, so daß man mit einer 200fachen Friedensmiete rechnen kann.

Für die Mietervermietung erhöht sich der Zuschlag vom Einhalbfachen auf das Zweifache der Friedensmiete. Der Zuschlag für Räume, die nicht zu Wohnzwecken vermietet sind, erhöht sich vom Zweifachen auf das Zwanzigfache. Bei wirtschaftlich schwachen Betrieben soll sie nicht mehr als 200 Prozent, bei Betrieben, die nicht der Gewerbesteuer unterliegen, nicht mehr als höchstens 1000 Prozent der Grundmiete betragen.

Das ist natürlich kein schönes Ostergeißel, mit dem die Bevölkerung bedacht wird. Um so weniger als die Arbeitslosigkeit um sich greift und die Arbeitsbeschaffung in vielen industriellen Betrieben Lübecks rapide Fortschritte macht. Aber es kann nicht bestritten werden, daß die Wohnungsmieten an der Geldentwertung nicht ad hoc vorbegehen können. Im Interesse des Wohnungsbaues und der Wohnungszwangswirtschaft kommen wir — so unangenehm dies für den einzelnen ist — um den Kern der Sache nicht herum. Und das ist der Wohnungsbau, der so gut wie stillliegt und die Instandhaltung der alten Wohnungen. Daß diese auch in die Tat umgesetzt wird, dafür muß jeder selbst eintreten, nachdem die Zuschläge hierfür bewilligt sind.

Die Wohnungsnot ist groß, Tausende suchen jahrelang vergebens nach einer Unterkunft. Und die Zahl vermehrt sich ständig. Derweil greift auf der anderen Seite die Arbeitslosigkeit im Baugewerbe rasend um sich. Wir sind nicht der Meinung, daß durch eine noch so hohe Miete die private Bautätigkeit in Schwung käme. Dazu ist das Kapital viel zu sehr am Profit interessiert. Eine Wohnung zu bauen kostet heute über 20 Millionen Mark. Ohne allgemeine und Staatshilfe wird für absehbare Zeit nicht gebaut werden. Wenn die Spekulanten, Sparfassen und Banken das Bauen wieder besorgen sollten, dann müßten die Mieter ihnen die Bauselber, die Zinsen und die Lebensrente bezahlen. Dann würde ein Haus mit 10 Wohnungen etwa 270 Millionen Mark Bauselber kosten, die jährlich mindestens 27 Millionen Mark Zinsen kosteten. Der Grundeigentümer würde, wenn er bauen sollte, mindestens eine Rente von jährlich 5 Millionen Mark für sich herauskalkulieren wollen; für Tilgung der Schulden würden 2 Millionen Mark berechnet werden und für Steuern und Instandhaltung würde jeder Kapitalist weiter 1 Million Mark einsehen. Es müßten also von den zehn Mietern gezahlt werden: 27 Millionen Zinsen plus 5 Millionen Grundrenten plus 2 Millionen Tilgung plus 1 Million Abgabe und Instandhaltung, zusammen 35 Millionen Mark, also pro Mieter 3 500 000 Mark Miete jährlich, gleich 275 000 Mk. monatlich. Diese Zahl nennen, heißt ihre Unmöglichkeit einsehen. Wo das Privatkapital kann und wird nicht mehr Wohnhäuser bauen, oder die Mieten müßten unmögliche Höhen erheben können.

Hausbesitz und Hauskapital sind gegen die Wohnungsbaubauabgabe, weil sie die Wohnungskatastrophe und damit die freie Wirtschaft wackeln. Dann würde die Miete nicht mehr nach dem hundertfachen, sondern nach dem tausendfachen Betrage berechnet werden. Da ist es schon besser, wir nehmen das kleinere Übel in Kauf und schaffen Wohnungs- und Arbeitsgelegenheit.

Prozess Dr. Leber gegen Ude vor dem Oberlandesgericht in Hamburg.

Ude endgültig verurteilt. — Seine Berufung in dritter und letzter Instanz kostenpflichtig abgewiesen.

Und du müßt dann das Schief bezahlen
De Döbel, soll den Doktor hal'n.

Witterns Fanatismus hatte den guten Willen Ude auch noch in die dritte Instanz geholt. Am Freitag, dem 16. März, fand nun die Verhandlung vor dem Hanseatischen Oberlandesgericht in Hamburg statt.

Udes Vertreter, Dr. Wittern, war zu der Verhandlung nicht erschienen. Vielleicht war ihm die Sache doch zu ausichtslos. Er hatte nur eine schriftliche Revisionsbegründung eingereicht.

Darin klagte sich Wittern hauptsächlich darauf, daß das Landgericht die Strafbüße von 6000 Mark mit der seit dem ersten Urteil fortgeschrittenen Geldentwertung begründet habe. Das sei rechtlich unzulässig, da der Strafrahmen in den verschiedenen Verhandlungen der gleiche bleiben müsse.

Rechtsanwalt Steinbömer, als Vertreter des Klägers Dr. Leber, trat dieser Auffassung entgegen. Er führte aus, daß die Berufungsinstanz jeden Fall als „neues Verfahren“, als „novum iudicium“ behandle, jedoch als ihr freistehende, die Geldentwertung bei Höhe des Strafmaßes zu berücksichtigen.

Das Revisionsgericht schloß sich den Ausführungen des Rechtsanwalts Steinbömer an, die zutreffend und durchschlagend seien. Das Urteil lautete: Die Revision des Beklagten Ude wird kostenpflichtig zurückgewiesen.

Damit ist der Prozess, der in der Öffentlichkeit soviel Staub aufgewirbelt hat, endgültig erledigt. Und Ude kann nun darüber nachdenken, ob er in Zukunft wieder Leute, die er politisch haßt, ohne jede Veranlassung anfallen und beschimpfen will — aus Grogpatriotismus. Und auch darüber kann er nachdenken, ob er richtig betreten war, als er, statt auf dem Sühnwege zu schreiten, den Prozess durch alle drei Instanzen hegte. Jedenfalls aber kann er — bezahlen.

Was die beiden Verse des Mottos bedeuten? Lassen sie nicht sehr gut zu dem Prozess?

Entnommen sind sie einem Gedicht über unsern Genossen Dr. Leber, das zurzeit in Lübeck gedruckt — bei den hohen Materialkosten — verbreitet wird. Es ist das dritte Gedicht über Dr. Leber, das innerhalb eines Jahres in die Öffentlichkeit kommt. Solchen Ruhm konnten bisher doch nur sehr wenig Lübecker für sich beanspruchen! Offenbar ist der Stoff sehr lohnend. Aber die bisherigen Dichtungsversuche waren so mangelhaft, und so wichtig, daß neue, bessere Versuche nur empfohlen werden können.

Das neue Polizeigebäude.

Damit der Humor nicht ausbleibe, ein Wort zuvor: Am Dienstag morgen fand die Beschäftigung des zum Polizeigebäude umgebauten Wollmagazins statt. Wir nehmen an, daß verschiedene hohe Herren daran teilgenommen haben. In der Regel laßt man bei solchen Anlässen auch die Presse ein. Das scheint auch hier der Fall gewesen zu sein. Wir erhielten wenigstens am Abend folgendes Schreiben:

In der Anlage übersende ich Ihnen meine Ausführungen bei der Beschäftigung des neuen Polizeidienstgebäudes (früher Wollmagazin) mit Bezugnahme auf die Besprechung mit Ihrem Herrn Redakteur, welcher heute morgen an der Beschäftigung teilgenommen hat.

Wir waren nicht wenig baff, zu vernehmen, mit von der Partie gewesen zu sein. Leider können wir uns dieser Ehre nicht erinnern. Und da wir uns auch sonst unserer vierden dimensionalen Kraft nicht entäußern, scheint hier ein kleines Versehen vorzuliegen. Das wir natürlich gern verzeihen, da im Bauamt jetzt wohl recht viel zu tun ist. Ein republikanisches, sozialistisches Blatt kann man auch einmal übersehen. Das ist früher auch vorgekommen.

Wir quittieren deshalb dankend den uns zugehenden Bericht, aus dem wir im Interesse unserer Leser folgendes wiedergeben:

Zum erstenmal seit Beendigung des Weltkrieges übergibt der Lübecker Staat einer seiner Behörden ein neues Dienstgebäude. Ein Wunsch der Polizeibehörde ist jetzt erfüllt, der schon Jahre vor dem Weltkriege bestand. Zwar hatte sich die Behörde die Erfüllung durch den Neubau eines statischen Verwaltungsgebäudes gedacht. Wenn das nicht geschehen könnte, so ist der Grund in den sehr traurigen wirtschaftlichen Verhältnissen zu suchen, aber trotzdem werden durch diesen Bau die größten Mängel behoben werden, wie sie bisher in der Verteilung der verschiedenen Abteilungen in verschiedenen Straßen offen zutage lagen und vom Publikum schwer empfunden wurden.

Die Augen auf!

Frauen und Männer des arbeitenden Volkes!

Nur noch 2 Tage trennen Euch von dem Zeitpunkt, an dem ihr Euer Parlament wählen sollt. Zum ersten Male seit der Vereinigung der sozialdemokratischen Parteien treten die freien Gewerkschaften geschlossen auf.

Wie immer spielen die Kommunisten auch hier ein Sonderpiel. Die Betriebsräte-Bewegung soll nach wie vor ihr Tummelboden sein für politische Agitationsbedürfnisse. Jeder lege sich die Frage vor:

Sind die Kommunisten geeignete Betriebsräte?

Erinnert Euch der Laten der Kommunisten. Denkt an Mitteldeutschland, denkt an Italien, wo sie den Zusammenbruch des Proletariats verursachten. Wer praktische Arbeit für die Arbeiter leisten will, kann nur einer solchen Liste die Stimme geben, die keine Kommunisten enthält.

Der Gedanke, das sogenannte Wollmagazin zu lebendigen Zwecken wieder nutzbar zu machen, geht schon auf die Vorkriegszeit zurück. So wurde 1905 der Ausbau zu einem Museum geplant, 1913 zu einem Staatsarchiv, 1914 zu Räumen für die Jugendpflege. Aus der Nachkriegszeit liegen Entwürfe für den Ausbau zu Wohnungen vor und als man dann daran dachte, Bureauräume darin unterzubringen, um dadurch an anderen Stellen der Stadt Wohnungen frei zu machen, kam es in Frage, hier entweder das Postfachamt oder das Stadt- und Landamt mit der Friedensbehörde und einem Teil der Polizeibehörde unterzubringen. Schließlich ergab sich doch die Möglichkeit, die gesamte Polizeibehörde hier zu veranlassen, wenn man das bestehende Gebäude noch durch Anbauten erweiterte.

Die Vorbedingungen für den Umbau waren keine schlechten. Das Gebäude war in seinen Umfassungsmauern noch gut erhalten und auch die Balken waren noch verhältnismäßig gut, wenn das Gebäude auch schon auf ein beträchtliches Alter zurückblicken kann. In einer Lübecker Chronik von 1677 heißt es:

„Neben denen findet sich unter anderen das große anno 1594 aufgerichtete Zeughaus, zu dem Dom liegt, worin herrliche und kostbare Mörser und Stüde, auch allerhand Gewehr und für unterschiedliche Kompagnie schon polierte Harnisch, desgleichen allerhand Karitäten darin zu sehen, welche auf der Obrigkeit Befehl den curieusen Liebhabern von dem jetzigen Zeugmärtler Eberhard Langhenning gezeigt werden.“

Als Waffenarsenal diente es dann bis zur Entfestigung Lübecks im Jahre 1804, wo die Kriegserlöse verkauft wurden, so daß 1806 die Franzosen nur noch zwei große Kanonen von letzterer Schönheit vorfanden, die sie nach Paris brachten, von wo später die eine nach Berlin und die andere nach Wien kam. Im 26./29. Juni 1826 wurde hier die erste Wollauktion abgehalten und hierfür diente es bis 1914. Baulich sind die beiden Giebel verändert, sie waren früher in Renaissancestil erheblich reicher durchgebildet, ebenso war die Front nach dem großen Bauhof durch einen kräftigen Nachaufbau belebt. Das letzte Wahrzeichen der früheren Zweckbestimmung des Gebäudes, die Marsfigur über dem Eingang an der Paradeite wurde 1896 heruntergenommen und ins Museum gebracht. Leider war es jetzt aus Geldmangel nicht möglich, eine Nachbildung herzustellen. Hoffentlich werden die kommenden Jahre die Möglichkeit bieten, dies noch nachzuholen.

Bom Umbau selbst ist zu sagen: Der enge Zusammenhang mit dem Dom gebt möglichstste Zurückhaltung, um hier nicht denselben großen Fehler zu begehen, der mit dem Bau des Domneumens begangen worden ist und der die Südseite des Domes für lange, lange Zeit gänzlich verunstaltet hat. In enger Zusammenarbeit mit dem Denkmalrat ist das jetzt ausgeführte Projekt entstanden, das die Wirkung unseres schönen Domes nicht beeinträchtigt. Wenn es auch immer Leute gibt, die sich aus alter Gewohnheit nicht gerne von einer Sache trennen, die sie jahrzehntelang gesehen haben, so verlangt doch die Jetztzeit geistig, daß alles bestmöglichst ausgenutzt werde.

Die Erweiterung des Gebäudes nach der Nordseite stellt eine Anlehnung an die früher schon vorhandene Wache in klassizistischem Stil dar, wobei der Architekt zweifellos auch schon den Gedanken gehabt hat, die Parade abzufließen und gleichzeitig dem Wollmagazin wie auch dem dahinterliegenden Dom durch das eingeschlossene Gebäude einen besseren Maßstab zu geben. Dieser neue Bau soll jetzt auch wieder als Wache für die grüne Polizei dienen und ist mit dem Hauptgebäude durch einen gedeckten Gang verbunden, der mit den dahinter liegenden Räumen eine intime Wirkung ergibt. Schwieriger war die Lösung des südlichen Anbaues. Nachdem der Denkmalrat das erste Projekt verworfen hatte, das einen direkten Anbau an den Dom vorsah, mit einem breiten spitzbogigen Durchgang, ist man zu dieser Lösung gekommen, die ebenfalls neue malerische Reize ergibt und dabei den logischen Zusammenhang zum Hauptgebäude klar ausdrückt, ohne die beiden Gebäudemassen des Domes und des Wollmagazins völlig zu trennen, die durch den Schrägbogen eine feste bauliche Verbindung haben.

Im Inneren ist besonderer Wert auf eine kräftige farbige Behandlung gelegt, ausgehend von dem Gesichtspunkt, daß die Diensträume den Beamten und Angestellten fast den ganzen Tag beherbergen und sie ihm nicht nur ein Raum verstaubter Akten sein sollen, sondern ein Zimmer, in dem er mit frischer freudiger Stimmung an seinem Tagewerk arbeiten soll. Besonders hingewiesen sei auf das Einwohnernelmeamt in Erdgeschosse, wo die vorhandene alte Balkenlage unverändert erhalten und mit geringen Farbmitteln noch kräftig zur Wirkung gebracht werden konnte. Mit bescheidenen Mitteln konnte auch das Sitzungszimmer im zweiten Obergeschoß besser ausgestattet werden. Sehr gute Verwendung konnten hierbei der alte eichene Fußbodenbelag des ersten Geschoßes finden, aus dem außerdem auch noch die drei Treppen gearbeitet wurden. Ebenso wurde der vorhandene Fußbodenbelag des Erdgeschosses aus sogenannten schwedischen Platten wieder verwendet, auch sonst kam noch vieles wieder zu Ehren, woran bei Baubeginn nicht gedacht werden konnte und wodurch die Baukosten erheblich gedrückt worden sind. Wenn diese trotzdem den ursprünglichen Kostenschlag um ein Vielfaches überschritten haben, so sind sie im Verhältnis zu den jetzigen Preisen noch sehr niedrig. Kostet doch jetzt ein Stieglingshaus fast ebenso viel wie der Umbau dieses ganzen großen Gebäudes einschließlich der beiden Anbauten. Es sind neu geschaffen worden zusammen 116 Räume mit zusammen 2255 Quadratmeter Fläche einschließlich Abort und Nebenräume, jedoch ohne Fläche.

Die Erd- und Maurerarbeiten hat die Gemeinnützige Arbeitsgenossenschaft ausgeführt.

- Die einzelnen Abteilungen sind verteilt:
- I. Erdgeschoß: Meldeamt, Kriminalpolizei, Polizeiwache an der Parade.
 - II. Obergeschoß: Kanzlei und Registratur, Kasse, Sittensplatz im Flügel am Dom.
 - III. Obergeschoß: Präsidialräume, Gesundheitsamt, Kommando der Ordnungspolizei, Hausmeisterwohnung im Flügel am Dom.
 - IV. Dachgeschoß: Gewerbeaufsicht, Baupolizei.

Arbeitsmarktlage im Februar.

Die Gesamtlage des Arbeitsmarktes in Februar hat sich gegen die des Januar weiter verschlechtert. Die Zahl der Arbeitsuchenden ist allerdings nicht gewachsen, aber die Zahl der offenen Stellen hat sich wesentlich verringert. In der Landwirtschaft war gleich Januar die Lage befriedigend. In der Metallindustrie war leider ein bedeutender Rückgang an offenen Stellen zu verzeichnen. Im Holzgewerbe trat gegen Januar eine wesentliche Besserung ein. Dagegen verdoppelte sich im Baugewerbe die Zahl der Arbeitslosen. Für ungelernete und jugendliche Arbeiter, sowie für die weiblichen Arbeitskräfte hat sich die Lage gegenüber der des Vormonats nicht geändert.

Au die Ortsvereine der Arbeiter-Jugend!

Die Reichskonferenz der Sozialistischen Arbeiterjugend tagt vom 10.—13. Mai in Gärlich. Anträge für die Konferenz müssen bis zum 1. April im Besitze des Bezirksvorstandes, bis zum 10. April im Besitze des Hauptvorstandes sein.

Der Bezirksjugendtag findet zu Pfingsten in Schwertitz statt. Vorbereitungen sind von den Ortsvereinen sofort zu treffen.

Dem Bezirksvorstand ist ein Mitteilungsblatt herauszugeben. Es enthält Bekanntmachungen über unsere zukünftigen Veranstaltungen und erscheint nur einmal. Bestellungen nimmt die Büchergentrale entgegen; der Preis beträgt 20 Mk.

Der Bezirksvorstand der Arbeiter-Jugendvereine:
J. A. W. Jella, Klost., Dobranner Straße 6.

Aus dem Gastwirtsgerber. Übermals sind wir gezwungen darauf hinzuweisen keine Stellung in unserem Gewerbe anzunehmen, da hauptsächlich in den meisten Betrieben Tariflöhne nicht gezahlt werden. Die Beschäftigung hat uns die letzte Lohnverhandlung gegeben, wo unsere Forderungen glatt abgelehnt wurden. Wir warnen nochmals alle Eltern, ihre Söhne im Gastwirtsgerber in die Lehre zu geben, da infolge des Krieges noch immer ein Ueberangebot an Arbeitskräften vorhanden ist, trotzdem unser Gewerbe sich noch dauernd in Hochkonjunktur befindet. Hatte doch ein Arbeiter bei der letzten Sitzung verraten, daß er die Tariflöhne nicht bezahlt, dafür aber seinen abgeleiteten Angestellten Kleidung kauft. Es ist ja möglich, daß es so anständige Arbeitgeber gibt, jedoch entspricht dieses nicht unseren gewerkschaftlichen Prinzipien. Sollte aber dieser eine Fall hier in Lübeck Schule machen, so wünschen wir im Interesse aller Angestellten, daß alle Arbeitgeber so anständig sind und ihren Angestellten, wenn sie Hochzeit machen, die ganze Lustener mitgeben, denn hätten unsere Angestellten ein sorgenfreies Leben und bräuchten das Schlaraffenland nicht mehr zu suchen. Vor Annahme einer Stellung in Gastwirtsbetrieben bitten wir Auskunft einzuholen im Bureau Filzstraße 91 und Johannisstraße 48 II.

Arbeitsgemeinschaft der Angestelltenverbände i. Gastwirtsgerber, Zentralverband der Hotel-, Rest- u. Cafe-Angestellten, Bund der Hotel-, Rest- und Cafe-Angestellten.

Der ungerechtfertigt hohe Butterpreis. Die Konsumentenkommissioner Hamburg teilt der Presse mit: Im Hinblick auf die Erhöhung der Butterpreise um 1000 Mark für das Pfund, die in der letzten Sitzung der Butternotierungskommission erfolgte und die nach Auffassung der Sachverständigen der Konsumentenkommission nicht gerechtfertigt ist, hat die Kommission beantragt, daß an diesen Sitzungen künftig auch Vertreter der zuständigen Behörden teilnehmen. Nachdem eine derartige Maßnahme bereits für die Milchnotierungskommission getroffen war, erhebt das gleiche für die Butternotierungskommission aus dem Grunde, daß der hier festgesetzte Butterpreis für die Bildung der Milchpreise maßgebend ist.

Schulgelb. Nach Rat- und Bürgerentscheid ist für das 4. Vierteljahr des Schuljahres 1922/23 zu dem bisherigen Schulgeld an den höheren und den Mittelschulen, dem Lehrerseminar und der Bauerschule ein Zuschlag von 300% zu zahlen. Die Ober- und Mittelschulbehörde weist darauf hin, daß also der auf der Schulgebührenrechnung angegebene Betrag in vierfacher Höhe zu entrichten oder zu überweisen ist. Die Schulgebührenzahlung beginnt am 26. März d. J. Im übrigen wird auf die bereits erlassene Bekanntmachung aufmerksam gemacht.

Von der Schiffahrt. Aus Kopenhagen wird gemeldet, daß der dänische Dampfer „Vollug“ auf der Höhe von Moen die Mannschaft des Hamburger Schoner „Alma“ im Boot treibend traf, an Bord nahm und später dort landete. Die Besatzung teilte mit, daß ihr von Hamburg nach Kopenhagen bestimmtes Schiff in schwerem Wetter leck gesunken und gesunken sei. Es sei noch versucht worden, den Schoner auf den Strand zu ziehen, doch habe das Wasser im Raum so schnell zugenommen, daß Gefahr im Verzuge war. Die Leute mußten das sinkende Schiff im Boot verlassen und wurden nach stundenlangem Treiben von dem Dampfer „Vollug“ aufgenommen.

Erhöhtes Glasfenster. Die hiesigen Brauereien teilen mit, daß sie infolge der hohen Glaspreise genötigt sind, das Pfand für jede Flasche auf 100 Mk. zu erhöhen, wobei die Selbstkosten jedoch noch nicht erreicht seien.

Der Nordischen Gesellschaft wurde durch Vermittlung eines hier anwesenden Isländers für die Ruhipfende eine halbe Million aus Kopenhagen überwiesen.

Central-Theater. Das Unmögliche auch humorvoll und Numpisch möglich sein kann, beweist wieder einmal der amerikanische Grottesk-Komiker Katty in seinem Film „Katty bei der Heilsarmee“. Unglaublich, wo dieser Mensch seine neuen Ideen herbezieht. — Ein zweiter Film: „Der Volksthrun“ ist ein recht wirkungsvolles Drama aus der Zeit des vergangenen Jahres. Karl Steinrück, der die Rolle des Gouverneurs darstellt, spielt den brutalen Unterdrücker mit suggestiver Kraft. Kein Wunder, daß der Zuschauer durch die packende Handlung bis zum Schluß gefesselt wird. — Der dritte Programmpunkt ist ein Abteilungsfilm: „Das gelbe Dreieck“, spielt im schönen Italien und hat einen hervorragenden Träger der Hauptrolle, „der die Kiste schon schaukeln wird.“ — In Unterhaltung fehlt es also nicht.

ph. Der falsche Beamte. Zeigegenommen wurde ein stellungsloser Bureaugehilfe, der sich als Beamter des Finanzamtes ausgegeben und als solcher von verschiedenen Schlachtern Gelder für das Finanzamt einlieferte. Ihm sind ca. 200 000 Mk. in die Hände gefallen.

ph. Wiederergriffen wurde der aus der Strafanstalt in Glückstadt entwichene Straftäter, eine Richard Herr. In seinem Besitz befanden sich über 51 000 Mark, ein altes Fahrrad, Schaffstiefel, Damenstrümpfe, zwei Kufschuhe, der Rest eines Schiffs und ein Pfand Margarine.

ph. Vermißt. Seit dem 17. wird die Schülerin Helene Anna Christine Wöbs aus ihrer elterlichen Wohnung in der Eichenburgstraße vermißt. Das Kind ist 1,40 Meter groß, hat dunkelblondes Haar, blaue Augen und frische Gesichtsfarbe. Bekleidet war es mit grünem Rock, dunklem Jackett, buntem Unterrock mit rotem Rand, Perlenkette, die aber der jüdischen Herkunft Angaben machen können, werden ersucht, sich im Bureau der Kriminalpolizei zu melden.

Sims. In einer öffentlichen Versammlung der S. P. D. sprach am Sonntag der Genosse Dr. Seher-Lübeck. Ausführlich und geschäftig sprach er über die politische und wirtschaftliche Lage der deutschen Republik — besonders über die europäische Bewegung infolge der französischen Herrschaftspläne. In der

Diskussion trug der Kommunist Heilborn die alten verworrenen Phrasen vor — er erwartet das Heil im Konflikt mit den französischen Kommunisten. Wie lange er darauf warten will, das sagte er leider nicht. (Die Kommunisten haben in Frankreich etwa 5 Prozent der Kammerstimme.) Der Genosse Körner als weiterer Diskussionsredner und danach der Referent führten die traurigsten Behauptungen der Kommunisten unter dem Beifall der Versammlung in die raube Wirklichkeit zurück.

Hinweise auf Versammlungen, Theater usw.

Sozialdemokratische Frauen (Marx). Donnerstag, den 22. März, abends 7 1/2 Uhr in der Schule Heinrichstraße Versammlung.

Sozialdemokratischer Verein, 12. Bezirk. Freitag, den 23. März, abends 7 1/2 Uhr bei Groß, Rottwitzstraße Versammlung. Redner: Gen. Albert Henze.

Sozialdemokratische Bürgerfraktion! Freitag, den 23. März, abends 6 Uhr im Rathaus Sitzung.

Stadttheater. Donnerstag: „Medea“, 2. Teil aus der Trilogie „Das goldene Vlies“ v. Grillparzer. Am Freitag-Abend wird zum erstenmal „Improvisationen im Juni“, Komödie von Max Noth gegeben.

Sansa-Theater. Heute, Mittwoch 7 1/2 Uhr: Zum erstenmal in dieser Spielzeit „Das Dreimäderlhaus“ mit Ludw. Ziegler als Schubert. Donnerstag 7 1/2 Uhr: „Das Schwarzwaldbüchel“.

Angrenzende Gebiete.

ag. Gleisdorf. Der Lohn für den Mohren. Die Unternehmer und Unternehmergesellschaften bleiben sich in ihrer sozialen Betätigung immer gleich. Das merkt man auch bei dem Vorgehen der Lübeck-Cutinier Eisenbahngesellschaft gegen eine 43 Jahre in ihren Diensten stehende Frau. Diese, 75-jährige, erhielt zum 1. April die Kündigung. Damit ist die Kündigung der Dienstwohnung verbunden. Als Pfaster wurde der im Dienste weggewordene Frau ein Dreimonatsgehalt bemilligt, macht zusammen 3240 Mk. Ein Pfund Margarine als Ehrengehalt. Da leugne noch einer das gute Herz des Unternehmers für die Arbeiter!

Hamburg. Der Fremdenverkehr hat im letzten Jahre bedeutend zugenommen, ohne die Friedensziffer erreicht zu haben. Insgesamt wurden 482 593 Gäste gemeldet. Mit den in den Herbergen und bei Schlafstätten untergebrachten Fremden erhöht sich die Fremdenzahl auf 548 000, von denen 161 713 Ausländer waren. In dieser Zahl sind die in Familien, Fremdenheimen und bei Zimmervermietern untergebrachten vielen Fremden nicht eingerechnet. U. a. kamerten aus Dänemark und Island 23 444, Schweden 11 373, Norwegen 8715, England 10 946, Tschechoslowakei 15 951, Vereinigte Staaten 18 100.

Uelzen. Ein Eisenbahnunglück ereignete sich Montag vormittag zwischen Uelze und Unterlüß. Der von Hannover kommende Güterzug 77 fuhr aus bisher unbekannter Ursache auf einen Güterzug auf und entgleiste. Zehn Wagen wurden aus dem Gleis geworfen. Der Güterzug hat keinen Schaden erlitten, während ein größerer Materialschaden durch die entgleisten Güterwagen zu verzeichnen ist. Der Betrieb konnte am späten Nachmittag wieder ordnungsgemäß bewerkstelligt werden. Personen sind nicht zu Schaden gekommen.

Oldenburg. Die für den Apokal leiden! Der Propheet Häuser, ein Mann, der fromme Seelenwandlungen, Weiberüberdrehungen und Republikanervernichtung als Geschäftsbetrieb, ist bekanntlich wegen zahlreicher Schwindelbelegen

hier im Gefängnis. Eine Anzahl seiner Anhänger leidet mit ihm und verteidigt ihn. 19 hatten sich vor der Oldenburger Strafkammer zu verurteilen. Das Urteil lautete auf drei Monate für einen, zwei Monate für neun Angeklagte, ein Angeklagter wurde freigesprochen. Den Angeklagten wird Strafausschub gewährt, sie müssen aber 30 000 Mark Geldstrafe bezahlen. In einem zweiten Prozeß waren u. a. die Eheleute Schomerus und Graf Bothmer angeklagt. Das Gericht erkannte für sämtliche Angeklagte auf drei Monate Gefängnis und beschloß sich Strafausschub vor. Häufiger selbst soll nicht vernehmungsfähig sein. Er hat seinen Hungerstreik mit solcher Konsequenz durchgeführt, daß er 40 Pfund abgenommen hat und so elend ist, daß er dauernd liegen muß.

Theater und Musik.

Stadttheater. „Der Propheet“, große Oper von G. Meyerbeer. Berlin hat mit seinen komponierenden Generalmusikdirektoren keine große Anstaltlichkeit erungen: wer kennt heute noch Opern von Spontini?, Meyerbeers Welt verfinstert vor unsern Augen — und Richard Strauß wird es ebenso ergehen! Dabei ist es heute nicht mehr nötig, Meyerbeer als den ärgsten zu schmähen, wie die Wagnerianer das taten — gerade Wagner hat in diesem Meyerbeers reiches Erbe angetreten und hat auch die christliche Anerkennung nicht gespart — „nichtsdestoweniger erhebt sich Meyerbeer an einigen Stellen zu der Höhe des allerunbestreitbarsten größten künstlerischen Vermögens; diese Stellen sind Erzeugnisse wirklicher Begeisterung.“ Aber wenn man dazun will, wie viel uns heute bereits von Meyerbeer trennt, wie wenig uns sein Opern-Stil noch gibt, dann soll man getrost den Propheeten wählen: eine Welt, in der man sich langweilt, wir starren in ein vergilbtes Historienbuch mit großen und doch kalten Bildern. Und dabei hat dieser Textdichter Scribe die Geschichte geradezu jammervoll für sein kleinliches Intriguenpiel geschildert und zusammengeknautcht, und das Schlimmste: seinem Johann von Lepben fehlt eine höhere sittliche Idee! Aus persönlicher Rache greift er zum Schwert, die Leiden eines geknechteten Volkes rühren ihn nicht, und so wie er sind auch die übrigen Gestalten widerprüchlich, leblos und oberflächliche Theatermaße. Und mit Scribe verhandelt hier Meyerbeer in äußerlichen Effekten; gewiß, man spürt noch die Hand des Meisters, aber die unerbittliche Zeit hat gefiegt — es ist verstaubt und vergessen — legt's zu dem Uebrigem! — Herr Kapellmeister Stefek nahm vieles zu breit, was der Wirkung wenig förderlich war. Herr Bertrams Reate bemühte sich durchweg mit Geschick — über das Schlußbild sollte er das schickende Dunkel der Nacht breiten. Herr Heimberg, Frau Rehrbach und Fräulein Dorntreil dankte die Aufführung die freundliche Aufnahme, die sie fand. Herr Kopp charakterisierte seinen Weberläufer scharf und glaubhaft — im übrigen gaben sich diese Herren etwas konsistorialtätlich. Warum strich man den berühmten Schlittschuhläufer-Galopp? H.

Briefkasten.

Frau R. Der Wochenlohn eines verheirateten Maurers ohne Kinder betrug bei voller Beschäftigung 74400 Mk. Nach den Werten wurden 67 420 Mk. ausgezahlt. Die Dachdecker erhalten eine Kleinigkeit mehr, die Zimmerer 1865 Mk. Stundenlohn. Lohnerhöhungen gab es im März nicht. — 100 Mk. für den Pressfonds.

Verantwortlich: für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Leber; für Freistaat Lübeck und Steinleuten Hermann Bauer; für Kaiserliche Zeitung, Eisenberg, Verleger: Heinrich Steinberg. Druck: von Friedrich Meyer & Co., sämtlich in Lübeck.

Lebensmittel.

★

Dampfbäckerei „Hansa“
Lübeck
J. C. D. Junge & Co.
Verkaufsstellen überall.

★

Reserviert

Jul. Böttcher
Nährmittel-Fabrik.

Hansa-Meierei
Fackelb. Allee 59 a. b. Fernr. 231, 557

Reserviert für

Paul Erasmil & Co.
Konservenfabrik.

Reserviert für

Willy Seams Hebls
Lebensmittel-Produktion

Grütmühle Carl Moll
Tel. 231 = 330 LÜBECK Alskeide 12/14
Frucht für Heiler = Grütmühle für junge Schwaben = Garanten reines Schrot zum Mischen
Umtausch von Getreide in Grütze, Flocken usw.

J. HÖPPNER
Groß-Deutsches
Weinhandlung ★ Likörfabrik
Lübeck, Beckerstraße 66
Fernsprecher 227.



Das große leistungsfähige Kaufhaus für Jedermann

Holstenhaus
G.m.b.H. Lübeck

Geschäftliche Rundschau Musterschutz
und
Zeitungs-Dauer-Fahrplan

Abfahrt der Züge von Lübeck nach

Hamburg: 545, 747, 1103, 126, 417, 722, 820 D-Zug, 930 Sonnt., 935.
Trarantende-Mendorf: 527 Werft., 815 Travem., 207, 652.
Büden: 800, 130, 530. — **Segeberg:** 130 Werftags, 210 Sonntags, 730.
Dahn: 715, 648.
Meisen: 715, 925 D, 942 D, 1202, 524, 925. (Ohne Gewähr. — Musterschutz.)

Lübeck's größtes Spezialgeschäft
zeigt der Bevölkerung die
Einkaufsquelle für Margarine.

Lübecker Margarine = Centrale
Bestandteile in allen Conditoren. A. DRESEN. Bestandteile in allen Stadtheilen.

Wo kauft der Arbeiter Lübeck's seine Lebensmittel

In der Feinhandlung von
Paul Burmester jun.
Holstenstraße 24 ★ Fernsprecher 3763
auch in den Nebenhandlungen: Meierstraße 21, Schweden-
querstr. 18, Holstenstr. 3, Wakenitzstr. 23.

B. Glogner & Co.
Kanalstraße 32-34
**Stahl, Eisen, Metalle,
Schrott.**

Ankauf! ★ Ankauf!
Lumpen, Knochen, Eisen, Metalle
Sämtliche Felle und Haare.
Ueberbiete dauernd jede Konkurrenz.

R. Lissauer, Produktenbörse.
Hartengrube 5. ★ Fernruf 3601.

F. Lissauer & Goldschmidt
en gros **Mühlenstr. 60** en détail
zahlen immer die höchsten Tagespreise für
Eisen Metalle Lumpen Haare.

60 Glockengießerstr. 60

! Zahlte höchste Tagespreise für Altisen, Hausabfall, Schmelzschlacken, Altpapier, Zeitungspapier, Metalle, Flaschen, Felle, Haare usw. usw. !

J. Mendelzweig

R. Lissianski
Obertrave 19
Rohprodukte.

Förpers
Produkten-Zentrale
Schwart Allee 24/26 ★ Fernsprecher 1575
**Beste Absatzquelle für
Alt-Eisen, Metalle,
Papier, Flaschen usw.**
Händler, Schlosser, Schmiede, Klempner erhalten
Vorzugspreise!